

CDU, SPD und FWG für den Neuen Marktplatz



Diese Ansicht bietet Investor Procom auf seiner Internetseite zur Illustration des Usinger Fachmarkzentrums. Foto: procom

SONDERSITZUNG

Grüne dagegen / FDP-Antrag auf Absetzen gescheitert

USINGEN - (bu). Die Vertreter von CDU, SPD und FWG haben gestern Abend vor rund 40 Zuschauern als klare Mehrheit in einer Sondersitzung von drei Fachausschüssen des Stadtparlamentes für das Projekt Neuer Marktplatz mit Edeka-Markt und Fachmarkzentrum gestimmt. Die Grünen votierten dagegen, die FDP enthielt sich. Am Montag haben die Stadtverordneten das letzte Wort; bis zum 30. Juni muss der Bebauungsplan beschlossen sein, sonst könnte Investor Procom aussteigen.

Wolfgang Niedenhoff (FDP) scheiterte mit dem Antrag, das Thema abzusetzen und erst dann zu entscheiden, wenn im Herbst das zweite Verkehrsgutachten vorliegt. Zudem habe für eine „verantwortbare Beschlussfassung“ wohl keiner der Politiker die 1052 Seiten Vorlage lesen können. Dem hielt Bürgermeister Steffen Wernard (CDU) entgegen, dass es in einer Veranstaltung vor einer Woche umfassende Infos gegeben habe. Dr. Christoph Holzbach (CDU) und Jürgen Konieczny (FWG) erwiderten dem FDP-Mann, dass das Projekt schon über Monate intensiv vorgestellt und diskutiert wurde, und Niedenhoff offenbar mutmaßlich Teile von Sitzungen versäumt habe. Manche

Fragen bleiben offen, und die Ergebnisse des weiteren Verkehrsgutachtens könnten später eingearbeitet werden, so der FWG-Sprecher.

„Wir sind ausreichend informiert“, stellte Birgit Hahn für die SPD fest. Der FDP-Antrag, das Thema abzusetzen, wurde klar von allen anderen abgelehnt.

Zum Thema erläuterte der Bürgermeister sechs Punkte, die von Bürgern als Anregungen im Erörterungsverfahren oder bei der Bürgerversammlung aufgekommen und aufgenommen worden sind. Unter anderem zahlt Procom jetzt 40000 Euro für weitere 50 (Dauer-) Parkplätze auf dem Festplatz. Nachbar Aldi ist bereit, sich an einer Brücke vom Riedborn über den Stockheimer Bach zum Neuen Marktplatz zu beteiligen. Er verstehe die Skeptiker, doch auch beim Alten Marktplatz seien die heute verstummt.

Niederhoff bezweifelte die Parkplatzsituation, sein Parteikollege Ulrich Keth bedauerte die „1000 Unterschriften gegen das Projekt im Rücken“, die man angesichts der Bedeutung des Projektes für Usingen noch dafür gewinnen müsse.

Fundamentalkritik kam von Doris Warlich für die Grünen, die „in vielerlei Punkten nicht einverstanden“ seien. Es seien in Verträgen mit dem Investor vorab Fakten geschaffen und die Bürger zu spät beteiligt worden. Die Anbindung über den Stockheimer Bach sei ein unnötiger Eingriff in die Natur. Und schließlich werde bei den Bauwerken aus energetischer Sicht zu wenig getan.

Beim Thema Verkehr und Busverkehr blieben bei der SPD Zweifel, doch sei sie sicher, dass man das in den Griff bekomme, so Birgit Hahn für die SPD. Ein zweiter Vollversorger im „Rewe-Land“ Usingen sei wichtig für die Bürger. „Wenn die Innenstadt funktioniert, dann funktioniert auch der Riedborn“, sagte sie zu Bedenken, dass Umzüge für Leerstand sorgen. Bei der Bürgerbeteiligung habe man das getan, was notwendig ist. „Mehr wäre besser gewesen“ und hätte für eine höhere Akzeptanz gesorgt, merkte sie an. Sie rief die Stadtverwaltung auf, allen Bürgern, die eine schriftliche Einwendung erhoben hätten, zu antworten und die Bürgerinteressen zu berücksichtigen.

Dr. Holzbach hatte für die CDU schon vorher den „großen Schritt“ für die Stadt hervorgehoben und eingeräumt, dass Einzelpunkte auch der Union noch nicht gefallen.

Es folgten die Einzelabstimmungen der drei Ausschüsse, wobei wegen fehlender Vertreter manche Stadtverordneten doppelt abstimmen konnten.

Im Wirtschaftsausschuss gab es sechs Jastimmen, eine Gegenstimme von Daris Warlich (Grüne) sowie zwei Enthaltungen (Ulrich Keth/FDP; Heribert Daume/CDU).

Im Planungsausschuss stimmten sieben Mitglieder dafür, bei einer Enthaltung (Ulrich Keth/FDP) und einer Gegenstimme (Daniela Sofia-Schneider/Grüne). Im Haupt- und Finanzausschuss stimmte Ronald Rudek (Grüne) dagegen, Wolfgang Niederhoff (FDP) enthielt sich und sieben Mandatsträger stimmten fürs Projekt. (Bericht folgt)